Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Band: 16 (1926)

Heft: 13

Rubrik: Aus der politischen Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 31.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Damaskus,
die Hauptstadt Syriens, am Rande der syrischen Wüste, durch die Eisenbahn verbunden mit Beirut und Jaffa an der Küste des mitelländischen Meeres, Ausgangspunkt der Linie nach Mekka.

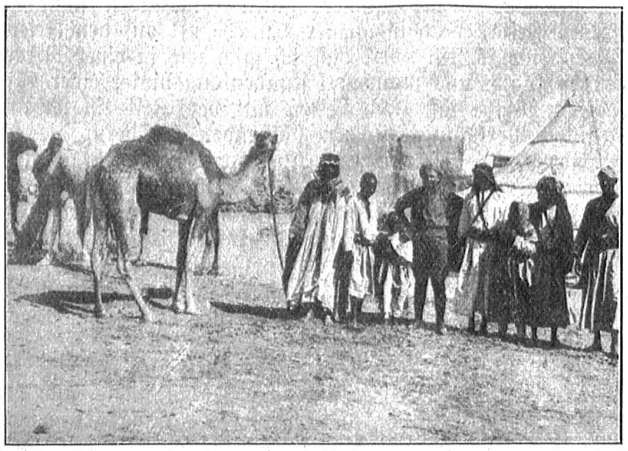
und in deren weiteren Umgebung gegen Meutereien, Handstreiche, Ueberfälle und Morde vorzugehen, wobei namentlich der syrische Bandenführer Hassan el Kharat, Syriens verwegenster, abenteuerlichster Räuberhauptmann mit seinen sechzig Mordgesellen eine besondere Berühmtheit erworben hat, die uns ganz an Ali Baba und die vierzig Räuber erinnert. Ohne weiter auf diese unerfreulichen kriegerischen Ereignisse einzutreten, möchten wir unsere Leser im Anschluß an die nebenstehenden Illustrationen etwas bekannt machen mit diesem morgenländischen Volksstamm der Drusen. Nördlich von Palästina, dem heiligen Lande, erhebt sich das gewaltige, breitgewölbte Horstgebirge des Libanon bis zu einer Höhe von 3000 Meter. Von den prächtigen, berühmten Zedernhainen, die das jetzt waldarme Gebirge im Altertum bedeckten, von denen die Könige des alten Testamentes das Bauholz für ihre Tempelbauten bezogen, ist nur noch ein kümmerlicher Rest vorhanden. Die Täler, von zahllosen Gletscherbächen durchflossen, sind von üppiger Fruchtbarkeit, und an den Bergabhängen, wo künstliche Bewässerung das Wachstum fördert, haben die fleißigen Bewohner bis weit hinauf Stufen angelegt, die einen gartenähnlichen Anbau zeigen. An den Südhängen des Libanon haben die Drusen seit Jahrhunderten ihre Wohnstätten aufgeschlagen. Ihr Haupthandelsplatz ist Damaskus, eine der ältesten Städte der Erde. Es liegt in einer großen, von den Bächen des Gebirges bewässerten üppigen Oase. Ertragreiche Felder, Fruchtgärten und Dattelhaine umgeben die Stadt, die der Araber mit Stolz als das Auge der Wüste bezeichnet. Damaskus hat durch Jahrtausende hindurch seine Größe bewahrt. Es ist der Kreuzungspunkt mehrerer Karawanenstraßen und wie schon im Mittelalter, auch heute noch berühmt durch die Herstellung feiner, golddurchwirkter Seidenstoffe (Damast) und vorzüglicher Stahlwaren (Damaszenerklingen). Die ganze Nation der Drusen zählt heute noch ungefähr 100,000 Seelen. Sie sind ein schöner, kräftiger tapferer Menschenschlag. Ihre Gastfreundlichkeit und ihr Fleiß haben ihnen unter den benachbarten Syrerstämmen viel Ansehen eingebracht, aber ebenso wohlbekannt sind ihre Rachsucht und Grausamkeit sobald es gilt, nationale Interessen zu wahren. Sie bilden eine Adelsrepublik mit gelegentlich an die Spitze tretenden Führern, die aus den edeln Drusenfamilien stammen und sich Emir (d. i. Gebieter) oder Scheich (d. i. Aeltester) nennen. 1860 haben die Drusen unter den christlichen Maroniten, einem Nachbarstamme, ein furchtbares Blutbad angerichtet, wobei 20,000 Menschen grausam hingemetzelt wurden, was schon damals die türkische Regierung bewog, gegen das ungebärdige Volk einzuschreiten. Das ganze Gebiet wurde unter die Regierung eines christlichen, aber nicht dem einheimischen Adel entnommenen Chefs gestellt, der den Titel Pascha (d. i. Fußstütze des Königs) erhielt. Viele Drusen ließen sich damals dieses schwere Joch nicht aufzwingen und wanderten aus, in unbewohnte, fruchtbare Gegenden des Ostjordanlandes. Die Zurückgebliebenen beugten sich scheinbar unter der zu harten türkischen Regierung, bis in den Jahren 1895/96 neue blutige Aufstände der Drusen der türkischen Mißwirtschaft ein Ende bereiteten.

Die Religion der Drusen ist heute noch wie vor alter Zeit eine merkwürdige Geheimlehre, ein buntes Gemisch von mohamedanischen, christlichen und altpersischen Glaubenssätzen. In bezug auf diese Religion teilt sich das Volk ein in Wissende, Eingeweihte und Unwissende. Letztere sind der aller religiösen Erkenntnis ermangelnde große Haufe, erstere bilden einen von Vermögen, Rang und Geschlecht unabhängigen Orden von verschiedenen Graden, worin der gemeine Bauer mit dem vornehmsten Emir gleichberechtigt erscheint. Sie nennen sich Bekenner der Einheit Gottes und ihr Glaube legt auf den einigen, reinen Gottesbegriff großes Gewicht. Gott hat sich ihnen wiederholt geoffenbart, zuletzt 1021 n. Chr. In ihren heiligen Schriften finden sich die genauen Aufzeichnungen über diese Menschwerdungen und auch die Offenbarung, daß Gott 1021 n. Chr. von der Erde verschwunden ist, um den Glauben seiner Diener auf die Probe zu stellen; aber er wird zu seiner Zeit wiederkommen mit Macht und Herrlichkeit, um seinen Getreuen das Reich der Welt zu verleihen. Dr. H. G.

Aus der politischen Woche.

Nach der Genfer Tagung.

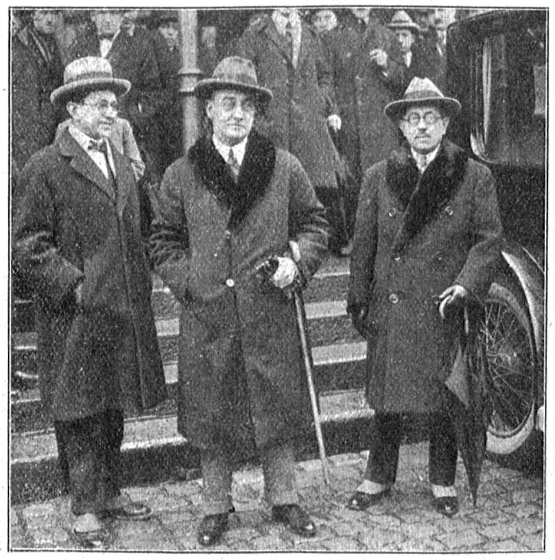
Man sprach von einer Katastrophe in Genf, die die Völkerbundsidee ins Innerste getroffen habe. Es gab Leute, die frohlockten und glaubten, den Zusammenbruch des Völkerbundes in seiner heutigen Form konstatieren zu dürfen. Man spottete über den Beschluß der Versammlung, der einem Vollziehungskomitee zur Errichtung eines Völkerbundspalastes in Genf einen Kredit von rund 17 Millionen Franken zur Verfügung stellte. Wofür ein solches Palais, da doch offensichtlich der geistige Grund wankt, auf welchen es zu stehen kommen soll? Die Nationalisten aller Länder triumphieren: Seht die Kraft, die im Völkerbund wie überall den Ausschlag gibt, ist doch die des nationalen Egoismus; das ist nicht zu ändern und wird so bleiben, so lange die Welt steht. Und das Volk wird unterdrückt und hintangesetzt werden, das diese Tatsache verkennt und seine nationalen Ansprüche aufgibt zugunsten des weniger naiv denkenden und skrupellos zugreifenden Nachbarn. Nun, die Feinde aller Völkerverständigung auf der Grundlage gemeinsamer Interessen haben zu früh jubiliert. Schon heute zeichnet sich die neue Situation ziemlich deutlich vom weltpolitischen Hintergrunde ab. Der Völkerbund wird nicht zusammenkrachen. Die Krise ist kaum mehr als eine „Wachstumserscheinung", wie Briand sich ausdrückte.



Ein typisches Beduinendorf.

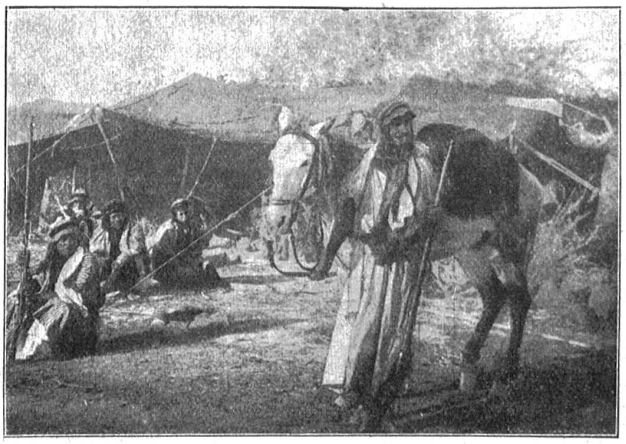
Brasiliens Haltung wird allmählich verständlich. Sie beruht nicht, wie man zuerst argwohnte, auf Einflüssen von Hintermännern, die dem Völkerbund ein Bein stellen wollten. Welches war der Gedankengang der brasilianischen Politiker? Die Rede des Präsidenten der Republik, Arthur Bernardes, anläßlich einer Volkskundgebung in Rio de Janeiro gibt uns darüber Aufschluß. Brasilien demonstrierte mit seinem Veto nicht gegen Deutschlands Eintritt in den Völkerbund schlechtweg oder aus bloßem Oppositionsgeist gegen Europa, sondern es demonstrierte gegen eine Erweiterung des Rates unter Ausschluß Amerikas. Es protestierte gegen die Auffassung, der Völkerbund sei eine bloß europäische Angelegenheit und sei gerade gut genug, um regionalen Uebereinkünften, wie es die Pakte von Locarno sind, als Rahmen zu dienen. Die Frage des deutschen Eintrittes und die der Ratserweiterung gehen nicht bloß Europa, sondern sie gehen die ganze Welt an. Brasilien will in Genf nicht Europapolitik, sondern Weltpolitik treiben helfen.

Bernardes ist formell zweifellos im Recht. Seine Betonung der Universalität des Genfer Werkes in diesem kritischen Moment der Weltgeschichte, so verhängnisvoll sie hätte werden können, ist wertvoll für die ganze Entwicklung des Völkerbundes. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der außereuropäischen Welt in vermehrtem Maße nach Genf. Den europäischen Großmächten aber, die bisher die Weltangelegenheiten vom europäischen Gesichtswinkel aus betrachtet hatten, sagt sie, daß es künftig auch einen außer Europa gelegenen Standpunkt in der Weltpolitik geben müsse. Zweifellos ist Brasilien nicht aus rein idealistischen Gründen aufgestanden. Seine Ansprüche auf den Ratssitz sind sicher gleich zu werten wie die Spaniens, Polens und Chinas: sie sind nationalistisch egoistisch gemeint und aus dem nationalen Erwachen heraus zu verstehen, das durch die Völker hindurch geht. Aber gerade dieses Erwachen der Völker und Kontinente ringsum führt mit Naturnotwendigkeit zu einer Regelung der zwischenstaatlichen Beziehungen nach Gesichtspunkten, die über den nationalen Egoismen stehen; denn ein Nationalismus, wie ihn etwa Mussolini und Pangolos, Primo da Rivera und Kemal Pascha oder die Alldeutschen um Westarp oder Ludendorff herum bekennen, hätte wohl Sinn und Auswirkungsmöglichkeiten in der Zeit



Die brasilianische Delegation in Genf, in der Mitte Mello Franco, der durch sein Veto die Völkerbundstagung gesprengt hat.

eines Machiavells, aber heute kann er nur einer Entwicklung dienen: der zur übernationalen Rechtsordnung mit Schiedsgericht und freien Uebereinkünften. Ohne Völkerbund wäre die Welt heute gar nicht denkbar; sie würde ohne die Hemmungen der zwischenstaatlichen Verträge einer wilden Anarchie verfallen.



Ein mit den Drusen verbündeter Araberscheich mit Kriegern vor seinem Zelt.

Die Gefahr neuer Konflagrationen wird augenfällig in den fieberhaften Rüstungen zu Wasser und in der Luft, die von allen nationalistisch regierten Staaten ausgeführt werden. Wohin das Wettrüsten führt, weiß heute nachgerade jeder Abcschütze. Jedes Wettrüsten hat seine Grenze; der Staat, der am schnellsten und intensivsten rüstete im Verhältnis zu seiner wirtschaftlichen Kraft, erreicht diese Grenze am schnellsten. Für ihn ist dann der Moment der Entscheidung gekommen: entweder der Nachbar, dem die Rüstung gegolten hat, hält ein mit Waffenschmieden und vereinbart sich friedlich mit ihm in der strittigen Frage, oder er wird zum Krieg gezwungen. Der weniger gerüstete Nachbar hat sich aber längst nach einem Verbündeten umgesehen, der sein Schwert in die Mächtewagschale zu werfen bereit ist, und er wird sich kaum dem Diktat des mächtigeren Nachbarn fügen. So kam es zum Dreibund und zur Entente und zum Weltkrieg. So droht aus dem heutigen Wettrüsten wieder ein Kriegsbrand hervorzugehen, der die Welt verschlingen wird.

Das haben die Völker erkannt.

Die Abrüstungskonferenz

ist die nächste wichtigste Aufgabe, vor die sich das Völkerbund-Sekretariat in Genf gestellt sieht. Ohne diese Einrichtung würde vielleicht der nützliche Zeitpunkt dieser Konferenz verpaßt. Und die Abrüstungsfrage verträgt wahrlich keinen Aufschub mehr. Welche Instanz würde mit gleicher innerer Autorität die Initiative dazu ergreifen können? Coolidge ist sicher nicht mehr der Mann dazu. Er hat in seinem eigenen Volke nicht mehr den festen Boden unter den Füßen, der dazu nötig wäre. Die Demokraten rüsten sich zur neuen Präsidentenwahl. Wilson wird wieder auf das Postament gestellt; man beginnt einzusehen, daß man ihm schwer Unrecht tat, als man sein Werk verneinte. Eine große Zahl Amerikaner wäre heute für den Eintritt Amerikas in den Völkerbund zu haben.

Man hofft bestimmt auch auf das Mitmachen Sowietrußlands. Bereits ist für die Erweiterung der Abrüstungskommission um 4 Mitglieder für die Industrie- und Verkehrsfragen außer einem Vertreter Deutschlands, der Union und Japans auch einer aus den sozialistischen Räterepubliken vorgesehen. Durch ein Schreiben hat jüngst das Völkerbunds-Sekretariat im Einverständnis mit dem schweizerischen Bundesrat mit Moskau Fühlung genommen und darin die Einladung zur Mitarbeit an der Abrüstungskonferenz in Genf wiederholt. Die Schweiz sichert noch einmal in aller Form der russischen Delegation die gleichen Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten zu, die es

den andern Mächten bisher gewährte. Man darf mit Spannung die Antwort der Sowietgewaltigen erwarten. Ihre Absage käme dem Veto Brasiliens vom 17. März gleich,

Dr. Benesch,
Außenminister und Hauptdelegierte der Tschechoslowakei, in Genf.

müßte sich aber gegen Rußland selber richten, das damit seinen schlechten Willen, dem Frieden zu dienen, kundtäte und sich dadurch wirtschaftlich nur noch mehr isolierte. Auch hier ist kein Staat bloß mehr auf sich gestellt und hat den höheren Gesetzen der Solidarität Rechnung zu tragen. Und da das Genfer Werk diese Weltsolidarität verkörpert, wird es auch bestehen bleiben, trotz dem Hohn der Skeptiker und der Uebelwollenden.

* * *

Der deutsche Reichstag nahm den Bericht der deutschen Delegation über die Genfer Tagung entgegen. Dr. Stresemann betonte, daß Deutschland an den Abmachungen von Locarno loyal festhalten werde. Er ist überzeugt, daß die Deutschen moralisch gestärkt von Genf heimgekehrt sind und im Herbst erhobenen Hauptes wieder hinfahren werden. Wie zu erwarten war, überzeugte er die Deutschnationalen und die Kommunisten nicht. Doch wird er von den Regierungsparteien und von den Sozialisten ein starkes Zutrauensvotum erhalten.

Die Unterschriftensammlung gegen die Fürstenabfindung hat einen unerwartet großen Erfolg gehabt. Man berechnet die Gesamtzahl der Unterschriften auf 8—10 Millionen; vier Millionen waren zum Referendum notwendig; die Abstimmung muß 20 Millionen Stimmen für das Begehren der entschädigungslosen Enteignung ergeben, wenn es rechtskräftig werden soll. Die große Zahl der Unterschriften beweist, daß die demokratische Sache in Deutschland marschiert. Der Genfer Fehlschlag könnte ihr schaden, wenn er sich als irreparabel erweisen sollte. Doch sprechen heute die Tatsachen nicht dafür, und man kann hoffen, daß der demokratische Gedanke gestärkt aus der Abstimmungskampagne hervorgehen wird, auch wenn die 20 Millionen Stimmen nicht erreicht werden. Ob wohl der Plan des Exkaisers, von Holland in die Schweiz überzusiedeln, mit dieser neuesten Entwicklung in Deutschland zusammenhängt? Man vernimmt aus Lugano, daß Wilhelm II. das einem Amerikaner gehörende Schloß Trevano bei Lugano zu kaufen im Begriffe steht. So ganz unbesehen werden wir indessen den hohen Gast kaum aufnehmen; wir haben an der Erfahrung mit Exkaiser Karl gerade genug.

* * *

Im Abruzzenstädtchen Chieti hat am 16. dies der Matteottiprozeß begonnen. Bald zwei Jahre sind es her, daß der sozialistische Kammerabgeordnete Matteotti am Ponte Milvio in Rom von vier Männern überfallen, niedergeschlagen und gefesselt in einem Auto aus der Stadt entführt wurde. Viele Wochen später fand man den verstümmelten Leichnam, eine Feile im Bauch, im Walde von Quartarella verscharrt. Die Opposition hatte damals aus Protest die Kammer verlassen und sich auf den Aventin begeben. Der Fascismus war schwer kompromittiert; das Volk hatte Mitleid mit der Witwe und den Waisen und fand solche politische Methoden doch zu unmenschlich und würdelos. Mussolini sah sich am Vorabend seines Sturzes. Doch er begnete dem Angriff der Feinde mit einem Gegenangriff. Die Zeitungen wurden gewaltsam unterdrückt, die sozialistischen Organisationen aufgelöst. Der Pressechef Rossi, der im Kerker eine Anklageschrift gegen Mussolini schrieb, wurde aus der Haft entlassen und mit Geld zum Schweigen gebracht. Heute ist der Sekretär des Fascio, Farinacci, der Verteidiger des Hauptangeklagten Dumini, der vor dem Schwurgericht in Chieti ganz kaltblütig erzählt, Matteotti sei auf der Autofahrt plötzlich unwohl geworden und verschieden. Keiner der vier des Mordes an Matteotti Beklagten will ihm etwas Schlimmes angetan haben. Alle erklären sich solidarisch; wahrscheinlich wird auch das Urteil entsprechend milde ausfallen. Die Begnadigung wird kaum lange auf sich warten lassen. Die Auftraggeber sind ja längst entsühnt und belohnt, so der schwer kompromittierte General de Bono, der freigesprochen und dann mit dem Amt eines Gouverneurs in Afrika geehrt wurde. Die Zivilpartei hat sich angesichts der fascistischen Rechtssprechung als desinteressiert erklärt und vom Prozeß zurückgezogen. Der eigentliche Richterspruch in dieser traurigen Mordaffäre wird vermutlich erst später einmal gefällt werden, wann auch das Urteil über den Fascismus gesprochen sein wird. -ch-

Der Saldo.

Von Fritz Müller.

Es war einmal ein Saldo.

Auf den rückten sie von links und rechts herein und schrien ihm: „Zu welcher Partei gehören Sie?"

„Ich?" stotterte der Saldo, „ich gehöre der — der Saldopartei an."

„Ach was, links oder rechts, Soll oder Haben?"

„Ich — ich stehe links, so viel ich sehe."

„Ha!" frohlockten die Linkser und schabten ihre Finger gegen die Habenseite, „uns gehört er, ätschebätsch!"

Das war am 31. Dezember.

Am 1. Januar trug der Buchhalter den Saldo auf die Gegenseite vor.

„Ha!" frohlockten die Rechtser und schabten ihre Finger gegen die Sollseite, „uns gehört er an, ätschebätsch!"

„Schweinerei!" sagten die Linkser, „seine Meinung wie ein Hemd wechseln! Im übrigen reklamieren wir den Kerl, er hat die halbjährige Kündigung nicht eingehalten."

Darauf ließ man in den Kolonnen die schwarzen und die roten Zahlen aufmarschieren und es gab eine große Keilerei.

Die Linkser siegten. Das war am 2. Januar.

Im Triumphe wollten sie den Saldo packen. Aber der war nicht mehr aufzufinden.

„Wohin ist der Schuft entwichen?" schrie man.

„Ausgeglichen", sagte das Kassen-Konto, „der Kunde hat bezahlt."